

SVP des Kantons Zürich  
Nüschelerstrasse 35  
8001 Zürich

Tel. 044 217 77 66  
Fax 044 217 77 65  
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 23. September 2011

---

## Mehr SVP – mehr Sicherheit

### Natalie Rickli, Nationalrätin SVP, Winterthur

---

Sicherheits- und Ausländerpolitik sind schwierige und oft **unangenehme Themen**. Trotzdem hat die SVP diese heissen Eisen schon vor Jahren angepackt und die Probleme rund um Kriminalität, der illegalen Einwanderung und der öffentlichen Sicherheit benannt.

Zahlreiche Volksinitiativen, parlamentarische Vorlagen und Gesetze tragen die Handschrift unserer Partei. Der Slogan der Zürcher SVP „**Für eine sichere Zukunft in Freiheit**“ war stets der rote Faden in unserer Politik.

Die SVP hat – trotz Kritik aus den Reihen der anderen Parteien und der Medien – stets auf die Probleme aufmerksam gemacht:

- Die SVP hat 1993 im Rahmen des vieldiskutierten „**Messerstecher-Insertats**“ davor gewarnt, dass Kriminalität, Drogenprobleme und die Angst der Bevölkerung zunehmen.
- Die SVP hat vor der Abstimmung zur Erweiterung der **Personenfreizügigkeit** gewarnt, dass sich das Problem der Zwangsprostitution und des Menschenhandels verschärfen wird.
- Die SVP hat davor gewarnt, dass mit dem **Schengener Übereinkommen** die illegale Zuwanderung und die Ausländerkriminalität zunehmen werden.

Leider ist all dies eingetroffen, weil die anderen Parteien die Warnungen der SVP nicht ernstgenommen haben. Und leider hat sich die Situation in den vergangenen Jahren ständig verschlechtert. Nach wie vor **ignorieren** die anderen Parteien die problematische Situation. Die Forderungen der SVP für **Nachverhandlungen im Dossier Personenfreizügigkeit**, für die **Wiedereinführung von Grenzkontrollen** und gegen die ständig zunehmende Übernahme von Schengen-Recht werden pauschal abgewiesen.

## **Gewalt und Kriminalität nach wie vor ein Problem**

Die neusten Zahlen zeigen deutlich: In den Bereichen **Gewalt und Kriminalität** haben wir ein **massives Problem**:

- **70 Prozent der Gefängnisinsassen** sind Ausländer.
- Bei **schweren Gewaltdelikten** wie Tötungen, schweren Körperverletzungen oder Vergewaltigungen liegt der **Ausländeranteil zwischen 53 und 57 Prozent** – und dies bei einem Ausländeranteil von rund 22 Prozent in der Gesamtbevölkerung.

Eine Trendwende ist nicht auszumachen: Die **Polizeiliche Kriminalstatistik** des vergangenen Jahres zeigt, dass die **Ausländerkriminalität** nach wie vor eines unseres Hauptprobleme ist. Unter den Beschuldigten ist nahezu jeder Zweite ein Ausländer: 30% sind Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz, 15% Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz und 4% Asylbewerber. Zahlen, welche nachdenklich stimmen.

Diese Zahlen zeigen: Es ist nicht die SVP, welche den Leuten Angst einredet, wenn sie abends alleine auf dem Heimweg sind. Es ist nicht die SVP, welche die Verunsicherung von Schweizer Eltern erfindet, deren Kinder in Schulklassen mit bald 90% Ausländern sitzen. Und es ist nicht die SVP, welche Zahlen zur Ausländerkriminalität in die Welt setzt, die nicht stimmen. Nein: Es ist die **düstere Realität**, welche so ist. Und die anderen Parteien verschliessen sich dieser Realität leider nach wie vor.

Wo liegen die Ursachen? Ich stelle Folgendes fest:

- 1. Die Täter werden immer jünger, brutaler und unberechenbarer.**
- 2. Der Ausländeranteil unter den Straftätern und Gefängnisinsassen ist seit Jahren unverändert hoch.**
- 3. Verschärfungen im Strafrecht und Strafvollzug werden vom Gesetzgeber – wenn überhaupt – höchst zögerlich vorgenommen.**
- 4. Die Anforderungen an die Integration von Ausländern sinken zusehends, statt dass sie erhöht würden.**
- 5. Die genannten Punkte widerspiegeln sich im Einbürgerungsverfahren, das zusehends lascher und unseriöser gehandhabt wird.**

## Erschreckende Fälle zeigen Handlungsbedarf

Dass sich die Situation in den vergangenen Monaten und Jahren keineswegs verbessert hat, sieht man auf den ersten Blick:

- Die **Umsetzung der Ausschaffungsinitiative** geht **nur schleppend** voran. Nachdem die SVP-Vertreter in der EJPD-Expertenkommission ausgebremst wurden, verzögert der Bundesrat die Behandlung dieser Vorlage unnötig.
- Der Zürcher Kantonsrat hat über ein **Integrationsgesetz** diskutiert, welches die Integration zur Staatsaufgabe (statt zur Aufgabe jedes Einzelnen) gemacht hätte. Zum Glück wurde dieses Gesetz abgelehnt.
- Die Zürcher Stimmbürger haben im März über eine Vorlage zu befinden, welche einen **Rechtsanspruch auf Einbürgerung** schaffen will und welche die **Einbürgerung von Verbrechern** erleichtert. Diese Vorlage werden wir natürlich bekämpfen – die SVP hat hierzu das Referendum ergriffen.
- Zahlreiche meiner **Vorstösse wurden abgelehnt**: Bezüglich einer Erhöhung des Strafmasses bei Vergewaltigungen, bei Vergewaltigungen von Kindern oder auch bezüglich der Schaffung eines Pädophilen-Registers verweigerte der Ständerat (wie zuvor der Bundesrat) seine Unterstützung – obwohl der Nationalrat zugestimmt hatte. Auch die SVP-Vorstösse zur Senkung des Alters im Jugendstrafrecht bei schweren Delikten oder die Nachbetreuung von Triebtätern wurden verworfen.

Zahlreiche Parlamentarier haben die **Zeichen der Zeit nicht erkannt**. Wir kämpfen trotzdem – oder umso mehr – weiter. Meine Vorstösse zur Revision des **Jugendstrafrechts** (längere persönliche Leistung für junge Ersttäter) sowie des **Strafrechts** (Erhöhung des Strafmasses bei sexuellen Handlungen mit Kindern) sind noch hängig. Sodann habe ich vor einigen Tagen eine Motion eingereicht, welche die **Abschaffung von Ausgängen und Hafturlauben für Verwahrte** fordert.

Das EJPD verschleppt die angekündigte Revision des Strafgesetzbuches. Einmal mehr wird die Bevölkerung nicht ernstgenommen. Die Schweizerinnen und Schweizer haben in den letzten Jahren wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass sie für eine härtere Gangart bei Kriminellen sind: Entgegen Bundesrat und allen Parteien (ausser der SVP) hat das Schweizer Volk **Ja gesagt** zur **Verwahrungs-**

, **Unverjährbarkeits- und Ausschaffungsinitiative**. Doch Bundesrat und Parlament scheinen unbeeindruckt von den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung. Einzig so ist zu erklären, dass die dringend nötigen Revisionen des Strafrechts nicht endlich an die Hand genommen werden.

### **Erschreckende Fälle zeigen Handlungsbedarf**

Neben den sinnlosen **gewalttätigen Ausschreitungen** von Jugendlichen in der **Stadt Zürich** an den letzten Wochenenden zeigen auch andere aktuelle Fälle, mit welcher brutaler Gewalt wir es in der Schweiz zu tun haben. Wir haben akuten Handlungsbedarf.

Der **Fall Interlaken** schockierte das ganze Land. Zwei Schweizer sassen um 21.30 Uhr auf der Terrasse eines Restaurants und tranken ein Bier. Kurz darauf fuhren zwei junge Ausländer in einem Taxi zum Restaurant und pöbelten die Schweizer an. Es kam zu einer kurzen verbalen Auseinandersetzung, worauf der eine Schweizer lebensgefährlich verletzt wurde: Der 31jährige Rasim R. schlitze ihm mit einem Messer den Hals auf. Da er die Luftröhre knapp verfehlte, überlebte der Schweizer die Tat. Und dies alles an einem friedlichen Sommerabend im Berner Oberland.

Die Hintergründe und die Vergangenheit der Täter sind wenig erbaulich: Die beiden Kosovaren haben in mehreren Lokalen in Interlaken Hausverbot. Ein Wirt erzählt, der Haupttäter Rasim R. habe erst kürzlich eine Glastür in Trümmer geschlagen. Genauso ist er mit seiner Frau umgegangen: Diese hat er spitalreif geschlagen, weshalb ihm ein Rayonverbot auferlegt worden ist. Das Scheidungsverfahren läuft.

Bei der Geburt seiner ersten Tochter war Rasim R. nicht anwesend: Er war aufgrund einer Körperverletzung 7 Monate im Gefängnis. Bereits damals hat Rasim R. jemanden schwer mit einem Messer verletzt. Wäre die Ausschaffungsinitiative damals schon umgesetzt gewesen, wäre R. jetzt in seiner Heimat, und die Tat in Interlaken hätte vermieden werden können.

Der **Fall Pfäffikon** ist ähnlich gelagert: Auch hier stammt der Täter aus dem Kosovo. Nachdem er seine Frau tätlich angegriffen hatte und kurzfristig in Haft war, wurde auch ihm ein Rayonverbot auferlegt. Trotzdem gelang es ihm, seine Frau zu treffen. Nach einem heftigen Streit erschoss er sie. Danach fuhr er zum Gemeindehaus und erschoss die Leiterin des Sozialdienstes. Die lapidare Begrün-

dung für seine Tat: Er sei mit den finanziellen Leistungen des Sozialamts nicht einverstanden gewesen – er habe zu wenig Geld erhalten.

Diese Fälle zeigen, wie gefährlich es enden kann, wenn fremde Kulturen aufeinanderprallen und die Gesetze nicht rigoros durchgesetzt werden. Und diese Fälle zeigen auch, wie dringend nötig es ist, dass die Ausschaffungsinitiative nun rasch und konsequent umgesetzt wird.

### **Ausschaffungsinitiative: Nötiger denn je**

Mit der **Ausschaffungsinitiative** hat die SVP das Thema Ausländerkriminalität vor 4 Jahren noch einmal konkret aufgegriffen und einen **Lösungsweg** vorgezeichnet. Landesweisungen sollen direkte und zwingende Folge der Verurteilung wegen einer schweren Straftat sein. Kantonal muss die Wegweisungspraxis vereinheitlicht werden: Nur so können die **Verfahren gestrafft** und die **Gesetze durchgesetzt** werden.

Mit der Annahme dieser Initiative hätten viele nicht gerechnet. Noch mehr Erstaunen aber haben auch in diesem Zusammenhang die **Zahlen zur Ausländerkriminalität** hervorgerufen. Am 11. Oktober 2010 – also während des Abstimmungskampfes – teilte das Bundesamt für Migration mit, es würden derzeit gegen **400 Wegweisungen pro Jahr** angeordnet. Mit der Ausschaffungsinitiative steige diese Zahl wohl auf **1'500 pro Jahr**. Zahlen, die weit danebenlagen, wie sich diesen Sommer zeigte.

Die EJPD-Expertenkommission zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative hat vom Bundesamt für Statistik konkrete Zahlen aufgrund der einzelnen Deliktskataloge verlangt. Ab den Resultaten dürfte der eine oder andere erschrocken sein: Mit der Umsetzung des Deliktskatalogs des Initiativkomitees – und das war ja das Ziel der Initiative – wären **24'102 Personen pro Jahr** betroffen. Davon sind 7'784 Schweizer und 16'408 Ausländer. Die Hälfte der ausländischen Straftäter (8'013) verfügt über keine Aufenthaltsbewilligung. Die Zahlen sind also **zehn Mal höher** als vom Bundesamt für Migration zuerst eingeschätzt. Diese Zahlen unterstreichen noch einmal in aller Deutlichkeit, wie gross das Problem und wie wichtig die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ist.

Umso unverständlicher ist, dass die Kommissionsmehrheit am **Modell des Gegenentwurfs** – welcher notabene in allen Kantonen verworfen worden ist! – festhalten will. Mit den Vorschlägen der Kommissionsmehrheit (Landesverweisung nur bei einer Mindeststrafe von 6 Monaten) müssten **85% der ausländi-**

**schen Straftäter nicht ausgeschafft** werden. So würde der **Volksentscheid unterlaufen** und die Stimmbürger einmal mehr nicht ernstgenommen – ein **absoluter Skandal** für die schweizerische Demokratie.

### **Mehr SVP – mehr Sicherheit**

Die anderen Parteien haben die Zeichen der Zeit nach wie vor nicht erkannt. Immer wieder ist es die SVP, welche als einzige Partei die Probleme offen anspricht und mögliche Lösungen präsentiert. Darum ist es wichtig, dass unsere Partei am 23. Oktober weiter zulegen kann – nur so wird eine Trendwende im Strafrecht möglich sein.